

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Bestellgebühr monatlich 3 Mk. bei Zustellung unter Zweifelhals 4.— Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetrag.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Telephon: Nr. 1100. Verlags-Druck: Amt Norden 2895 und 2894.

Interate laßen die achtstellige Kompartiments- oder deren Raum 1,20 Mk. Dortauslagern das fertige Blatt 20 Pf. jedes weitere Wort 20 Pf. Lesungszuschlag 30 Pf. Familien- und Veranlagungssteuerigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9769.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Nach den Kundgebungen.

Es war voranzusehen, daß sich in der bürgerlichen Presse mit Einschluß des „Vorwärts“ ein wildes Geschimpfe über die Unabhängigen Sozialdemokratie erheben würde. Es braucht dazu nicht viel gesagt zu werden, da es sich in nichts von dem unterscheidet, was man früher bei ähnlichen Gelegenheiten zu hören gewohnt war. Nur daß sich ehemals der Gegner gegen die ganze Arbeiterchaft richtete, während die bürgerliche Presse jetzt einen Unterschied macht zwischen den bürgerlichen Arbeitern, die selbstverständlich zu den Rechtssozialisten gehören, und den bösen Arbeitern, die sich zur Unabhängigen Sozialdemokratie oder gar zu den Kommunisten bekennen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß an diesem Schimpfskonzert jetzt auch der „Vorwärts“ teilnimmt und darin sogar noch die lauteste Stimme hat, trotzdem daß er nicht immer ein Arbeiterorgan sein will. Aber man merkt bei solchen Gelegenheiten besonders deutlich, wie dieses Blatt und die Kreise, die von ihm vertreten werden, jedes Empfinden für die Pique des Arbeiters verloren haben. Weil es gellern zu lärmenden Auftritten zwischen Unabhängigen Sozialdemokraten und Rechtssozialisten gekommen ist — die auch wir lebhaft begrüßen, wenn gleich wir die Gewerkschaftshäuser persönlich die wollen, wer besonders im Gewerkschaftshause persönlich die Hauptrolle daran trug — will er bei seinen Feinden den Schein erwecken, als ob dadurch die deutsche Arbeiterschaft von der ganzen Internationale abgespalten sei. Ach, nein, es ist es denn doch nicht. Das Proletariat der anderen Länder kann es sehr gut begreifen, daß die deutschen Klassenbewußten Arbeiter sich nicht in den Werten haben müßten, wenn sie die fortgesetzten Provokationen eines Roske und seiner Parteigenossen, die unaufrichtigen Reaktionen der Arbeiter durch Belagerungszustand, Militärwillkür und Unterdrückung der Meinungsfreiheit in alle Ewigkeit ruhig hinnehmen sollten. Das hat gestern ereignet hat, war gewiß nicht schön, verurteilen kann es aber nur jemand, der an den jetzigen Zuständen Amargend teilnimmt.

Einen besonderen Trümpf glaubt die arbeitserfindliche Presse damit auszuspielen zu können, daß sie nach tendenziösen Meldungen aus den anderen Ländern behauptet, die internationale Kundgebung für den Sozialismus habe dort nur geringen Widerhall gefunden. Wir werden zuverlässige Nachrichten darüber abwarten müssen, bis wir Stellung dazu nehmen können. Aber selbst, wenn diese Meldungen zutreffen, wenn sich das Proletariat der Entente-Länder an den Demonstrationen nicht in derselben Weise beteiligt hätte wie das deutsche Proletariat, so hieße das doch nicht, daß die weltweite Kundgebung der deutschen, und insbesondere der Berliner Arbeiter unbedeutend war. Sie war ein Beleg für die internationale, sie war aber zugleich ein Aufschrei über die Empörung darüber, daß die politischen Zustände in Deutschland geradezu ein internationaler Skandal sind. Es ist ein Warnungsruf für die Regierenden, ein Renetefel, insbesondere für den rechtssozialistischen Teil der Regierung, insofern diese Warnung nicht sehen, verächtlich sie auch weiterhin ihre Ohren den laut mahnenden Ruf aus der Tiefe, in die sie ihr Schicksal nicht abwenden können.

**Eigene Drahtnachrichten der „Freiheit“.**  
**Düsseldorf, 21. Juli.**  
 Die Friedendemonstration der U. S. D. ist unter riesiger Beteiligung ausverkauft verlaufen. Die Arbeiterrunde war fast vollständig.  
**Zelzigs, 21. Juli.**  
 Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel waren verboten. Die Kundgebung für die Internationale beschränkte sich auf die Veranstaltung von 14 Abendversammlungen, die sehr gut besucht waren.

**Oberwalde.** Für Oberwalde wurde durch eine am Sonntag tagende Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für Montag, den 21. Juli, Arbeitsruhe beschlossen. Programmäßig sammelten sich vormittags die Betriebe und marschieren in geschlossener Kette zum Marktplatz, wo unter Beifall der Büchse der Philipp Hopt, eine marxistische Rede hielt, anschließend in einem Hoch auf die Internationale. Anschließend wurde bekannt gegeben, daß sich am Nachmittag die Betriebe oberhalb sammeln zur weiteren Aktion. Behauptungen, daß die Genossen ein und zogen zu unserem Partei-

lokale „Bunz Wäble“, wo der Referent, Genosse Kabsch, die Bedeutung des Tages würdigte und gleichzeitig die uns nach Fernstehenden ermahnte in unsere Reihen zu treten. Wir konnten eine ganze Reihe Neuzugänge buchen. Die Gesänge des Parteizentralvereins trugen dazu bei, das Gefühl der inneren Geschlossenheit, welches gestern in der siegestrahen Stimmung so schön zum Ausdruck kam, noch mehr zu vertiefen. Alles in allem, wir buchen für den 21. Juni in Oberwalde einen Erfolg, auf den wir stolz zu dürfen. Nicht gerührt durch den Anblick von bewaffneten Soldaten, konnten wir in Ruhe und Frieden der Tag der Internationale als Feiertag begehen.  
**Nauen.** Dem Ruf nach einem vollständigen Proteststreik folgten fast sämtliche Betriebe, bis auf wenige, die sich auch am Nachmittag angeschlossen. Der Demonstrationsvorstellung folgten wohl über 500 Teilnehmer. Genosse Ebert legte eingehend die Bedeutung des Tages dar; eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen wurde einstimmig angenommen.

### Der Generalstreik in Wien.

Wien, 21. Juli. (W.L.B.)  
 Wien stand heute im Zeichen des Generalstreiks. Mit Ausnahme der Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte, die in den ersten Morgenstunden offenblieben, waren alle Geschäfte, Gasthäuser, Kaffeehäuser und Anstalten durchwegs geschlossen. Auch der Verkehr der Straßenbahn war vollkommen eingestellt. Die von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei vermittelten im Innern und in den Arbeiterbezirken veranstalteten Versammlungen und Straßenumzüge nahmen einen vollkommen ruhigen Verlauf. In den ersten Vormittagsstunden durchzogen in allen Bezirken zieltausendstellige Reihen von Kundgebenden die Straßen unter Vortragung von roten Fahnen und Tafeln mit verächtlichen auf die Bedeutung des Tages bezugnehmenden Aufschriften. Sie versammelten sich an bestimmten Orten, wo sozialdemokratische und kommunistische Redner Ansprachen hielten. Nach den Kundgebungen lösten sich die Mäße auf und zerstreuten sich überall in vollster Ruhe.

### Politischer Streik in Christiania.

Oslo, 21. Juli.  
 Nach einem Telegramm aus Christiania ist dort nach der „D. N. S.“ heute der Generalstreik ausgebrochen. Alle Geschäfte sind geschlossen. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Auch der Schiffahrtsverkehr im Hafen ruht vollständig. Seit heute morgen ist kein Dampfer abgegangen. Die Arbeiter verlangen die Erfüllung folgender Forderungen: Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung in Russland, Abbruch für ausländische Flüchtlinge, sofortige Durchführung eines gerechten Wahlsystems mit allgemeinem Stimmrecht, Anerkennung der Soldatenräte, vollständige Auflösung des Militärs und Sozialisierung der wichtigsten Betriebe.

### Der Bergarbeiterstreik in England.

London, 21. Juli. (Reuters.)  
 Die Regierung hat Sir Eric Geddes Vollmacht erteilt, Anordnungen für die Aufrechterhaltung der Pumparbeiten in den Bergwerken zu treffen. Die Regierung beabsichtigt nicht, sich in den Streik einzumischen. Sie hat versprochen, die Matrosen sofort zurückzulassen, wenn die Grubenarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Sie könne indes nicht zulassen, daß die Bergwerke in denselben Zustand geraten, wie die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlengruben.

### Kieserstreiks in Amerika.

Amsterdam, 21. Juli.  
 „Times“ meldet aus New York, daß außer dem Streik im New-Yorker Hafen, wo 500 Schiffe, und an der R. A. P. wo weitere 700 Schiffe hülligen, auch in Chicago 100 000 Arbeiter des Baugewerbes ausgetrieben worden sind, nachdem 80 000 Arbeiter infolge von Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt hatten. In Boston streiken die Straßenbahnangestellten und 100 000 Arbeiter des Sigarettenindustrie.

### Eine Amnestie in Frankreich.

Basel, 21. Juli.  
 Nach einem Pariser Sonderbericht wurde in den Wandlungen der Kammer angekündigt, daß die Regierung dem Bureau der Kommer am Dienstag einer Amnestieerlaß ausgehen lassen wird.

## Keine Revolutionsromantik!

Von Artur Crispian.

„Als das Proletariat seine Siege auf Barrikaden und in Schießlinien erringt, kühnt es die Ankunft seiner Herrschaft durch eine Reihe intellektueller Siege an.“  
 Als nach der Revolution von 1848 die Reaktion wieder triumphierte, kam es zur Spaltung des Kommunistenbundes, dem auch Marx und Engels angehörten. Die Hoffnung, daß in kurzer Zeit eine zweite Revolution ausbrechen werde, ging nicht in Erfüllung. Das führte dazu, daß Marx und Engels die tiefen wirtschaftlichen Ursachen der politischen Revolution und der Gegenrevolution unterzuchten und darlegten, daß das Proletariat nicht auf irgendwelche Wunder hoffen dürfe, daß nicht eine neue künstliche Revolution gemacht werden könne, sondern daß das Proletariat in größtem Maße als bisher und bewußter und zielsicherer auf den Gang der Geschichte einwirken müsse.  
 Andere Mitglieder des Kommunistenbundes begannen Revolutionspielereien zu treiben und wurden Revolutionsromantiker. Sie verloren ebenso jeden klaren Blick für die realen Machtverhältnisse wie, jede kühle Ueberlegung und wurden immer weiter von dem Ziel der proletarischen Bewegung abgetrieben.

In der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes kam es in der Sitzung vom 15. September 1850 zur offenen Spaltung. Die sechs Mitglieder Marx, Engels, Bauer, Eccarius, Pfänder und Schramm standen den vier Mitgliedern Billik, Schapper, Fränkel und Lehmann gegenüber. Marx deckte den Gegenstand im Kommunistenbund auf. An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Trieb der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Vorkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt ihr im Gegenteil: Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen! Während wir speziell die deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr aufs plumpe dem Nationalgefühl und dem Ständestolz der deutschen Handwerker, was allerdings populär ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Befehl gemacht wird, so von euch das Wort Proletariat.

Der Kommunistenbund verfiel nach der Spaltung bald der völligen Auflösung. Und erst fünfzehn Jahre später erweckte Lassalle die deutsche Arbeiterbewegung zu neuem Leben, schuf Lassalle und Liebknecht und Bebel starke proletarische Kampforganisationen zum Kampfe gegen die Bourgeoisie. Erst nach Jahrzehnten, im Jahr 1918, führte dieser Bürgerkrieg zum Ausbruch einer neuen, der proletarischen Revolution.

Die jüngsten größten geschichtlichen Ereignisse, der Krieg und die Revolution, haben erkennen lassen, daß sich das Proletariat zwar äußerlich, in seinen Organisationen, die für seine Befreiung notwendigen selbständigen Organisationen geschaffen hatte, daß es aber immer noch in viel zu großen Teilen viel zu sehr in bürgerlichen Ideologien befangen ist, daß andere Teile noch viel zu wenig sozialistisch denken. Das Proletariat bedarf zu seiner Befreiung nicht nur der äußeren, sondern auch der inneren Selbstständigkeit.

Wären nicht immer noch viel zu große Teile des Proletariats in bürgerlichen Ideen befangen, dann wäre es bei Ausbruch des Krieges nicht möglich gewesen, fast das ganze schlaffende Volk nationalistisch hinhängen zu machen. Dann wäre auf die bürgerliche Politik der rechtssozialistischen Revolutionsregierung, die sie trotz der Revolution betreibt, nicht möglich.

Wären nicht andere Teile des Proletariats immer noch viel zu wenig sozialistisch gekult, wären sie mehr mit der Geschichte des Sozialismus vertraut, dann würden viel weniger Kreise der Arbeiterchaft einer Revolutionsromantik zum Opfer fallen, die nur hemmend und lähmend wirkt, dann wäre das Proletariat in seiner ungeheuren Mehrzahl geschlossener und zielbarer als es gegenwärtig tatsächlich der Fall ist.

So müssen wir aber beobachten, daß im Verlaufe der Revolution Teile des Proletariats zu einer Methode der Taktik — Erhebungen von Widerständen — ihre Zuflucht nahmen, die das sozialistisch gekulte Proletariat schon seit Jahrzehnten überwunden hat, um eine höhere Methode — Völkergreifung der politischen Macht als Mehrheit — seiner Taktik anzuwenden. Die Novembertage des Jahres 1918 haben vielfach Stürmer und Dränger auf den Plan gebracht, die den Sozialismus als bürgerlich ablehnen oder ihn aus-

als überwinden für erledigt erklären. Sie sehen dem Begriff Sozialismus den Begriff Kommunismus entgegen und wollen den Anschein erwecken, als sei der Kommunismus etwas ganz anderes als der Sozialismus. Viele dieser Stürmer und Dränger vermeiden es auf das peinlichste, in ihren Reden oder Abhandlungen über das Ziel des proletarischen Klassenkampfes das Wort Sozialismus zu gebrauchen; für sie existiert nur der Kommunismus. Auch von dem politischen Tageskampf wollen sie nicht viel wissen. Sie erstreben nur noch „direkte Aktionen“, die ihnen die „ganze Nacht“ bringen sollen.

Jeder erfahrene Sozialist weiß nun aber, daß Marx schon vor der Revolution von 1848 für solche Bestrebungen nichts übrig hatte, daß er schon anfangs der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nachwies, wie sich aus dem Konflikt des politischen Staates, aus dem Widerspruch seiner ideellen Bestimmung mit seinen realen Voraussetzungen überall die soziale Wahrheit entwickeln läßt:

„Es hindert uns also nichts, unsere Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe anzuknüpfen. Wir treten dann nicht der Welt doktrinar mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen; sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.“

Jeder geschulte Sozialist weiß, daß der heutige wissenschaftliche Sozialismus, die Grundlage und das Ziel des modernen proletarischen Klassenkampfes, nichts gemein hat mit jenem bürgerlichen Sozialismus, zu dem damals der proletarische Kommunismus in scharfem Gegensatz stand, daß der Sozialismus, wie ihn die Unabhängige Sozialdemokratie vertritt, nichts anderes ist als der marxistische Kommunismus.

Das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie ist also der Kommunismus. Nicht jener primitive Urkommunismus der Vergangenheit, wo die Planmäßigkeit der Wirtschaft unwirksam, traditionell, ohne bewußten Willen war, sondern jener hochstehende Kommunismus der Zukunft, wo die Planmäßigkeit zum erstenmal mit vollem Bewußtsein eingeführt wird. Die planmäßige kommunistische Wirtschaft ist die Verwirklichung des Sozialismus.

Jeder geschulte Sozialist weiß, daß es für die Arbeiter zur Durchführung der heute akuten proletarischen Revolution nicht neuer Prinzipien bedarf, sondern daß der Ausbruch der Revolution gleichbedeutend ist mit dem Beginn der praktischen Verwirklichung der Prinzipien des Sozialismus.

Die Planmäßigkeit der Wirtschaft wächst als historischer Prozeß heran. Das heißt, die planlose kapitalistische Wirtschaft entwickelt sich zur planmäßigen sozialistischen. Es kommt nur darauf an, diese Entwicklung bewußt im sozialistischen Sinne zu beeinflussen.

Der Sozialismus kann nicht mit einem Schlag durch eine politische oder wirtschaftliche Aktion verwirklicht werden. Durch einen politischen Akt erobert das Proletariat die politische Macht. Es bedarf dieses politischen Aktes, um die staatliche Organisation zu erschaffen und auszuführen: Beseitigung der kapitalistischen Regierungsform, des Militarismus, der Bürokratie, der Klassenjustiz und Klassenpolizei, der Klassenstaats, der Kirche als staatliche Macht, des Privateigentums an den Produktionsmitteln usw.

Dann aber beginnt die organisierende Tätigkeit, der Umbau und Aufbau der ökonomischen Struktur. Dabei muß an dem äußersten Ende des Gegebenen angeknüpft werden. Die Unternehmerorganisationen haben bereits die Anfänge der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das ist die Hauptfrage des Sozialismus, geschaffen. Die Kartelle, die Syndikate, die Trusts und die Ringe, was sind sie anderes, als die Anfänge der Vergesellschaftung und der planmäßigen Regelung der Arbeit? In den Unternehmerorganisationen schließen sich die Kapitalisten zusammen, als gemeinsame Besitzer von Produktionsmitteln, zur Regulierung der Produktion und des Verkaufs und zum Kommando über die ganze Wirtschaft. Die Unternehmerorganisationen führen die Vergesellschaftung innerhalb der Klasse der Kapitalisten für ihre Profitinteressen durch. Werden an Stelle der Kapitalisten die staatlichen

Organe gesetzt und die staatlichen Herrschaftsorgane in gesellschaftliche Verwaltungsorgane umgewandelt, dann sind wir mitten drin in der Vergesellschaftung für die Gesellschaft.

In ihren großen Umrissen steht die sozialistische Gesellschaft vor uns. Wenn die Sozialdemokratie es aber bisher stets abgelehnt hat, zu klären, wie ihr „Zukunftstaat“ im einzelnen beschaffen sein wird, dann gilt das auch heute noch. Wer wollte es als erster Mensch wagen, den „Zukunftstaat“ fix und fertig darzustellen? Wer könnte beim Beginn der praktischen Durchführung des Sozialismus schon dessen höchste Vollendung bis ins kleinste klären?

Das aber kann nicht nur, das muß gesagt werden, und muß sofort gesagt werden, was heute zu geschehen hat, womit unmittelbar zu beginnen ist. Es muß sofort gesagt werden, welche Aufgaben eine wirkliche sozialistische Regierung heute hat und wie sie diese Aufgaben lösen muß, wenn sie auf die Fortführung der Revolution bis zum Sozialismus bewußt einwirken will.

Hier geben sich die Massen nicht mit einem allgemein und in großen Umrissen gezeichneten Ziel zufrieden, hier fordern sie mit Zug und Recht positive, praktische Angaben mit allen nötigen Einzelheiten. Die Berechtigung und die Notwendigkeit dieses Verlangens hat die Unabhängige Sozialdemokratie erkannt. Sie hat, in Verbindung mit unseren Genossen in der Räteorganisation, berufene Vertreter mit der Ausarbeitung von Entwürfen über Maßnahmen für die einzelnen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen betraut. Diese Entwürfe werden öffentlich zur Diskussion gestellt werden, bevor sie ihre endgültige Gestalt erhalten.

Mehr denn je kommt es heute darauf an, daß die Massen nicht mit Illusionen gefüttert werden. Die Massen dürfen nicht den Boden der realen Tatsachen verlassen und dem Glauben verfallen, als könnte durch revolutionsromantische Spielereien eine „zweite Revolution“ gemacht werden. 1848 handelte es sich um die bürgerliche Revolution, der die proletarische als die „zweite Revolution“ folgen sollte. Diese zweite proletarische Revolution ist nicht, wie vorübergehend auch Marx und Engels hofften, unmittelbar auf 1848 gefolgt, sie brach erst 1918 aus. Im November 1918 hat die „zweite Revolution“ begonnen. Unsere Aufgabe ist es, daß sie nicht von der reaktionären Gegenrevolution erstickt wird, sondern daß sie vorangeht. Es handelt sich also heute nicht um die Herbeiführung einer „zweiten Revolution“. Sie ist schon da seit 1918. Diese Revolution ist in Permanenz, bis sie ihre Aufgabe: Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei, erfüllt hat.

Nur die Massen selbst können dies Werk vollbringen. Die Massen müssen von sozialistischer Erkenntnis erleuchtet, von sozialistischem Willen begeistert, zum sozialistischen Handeln entschlossen sein. Die Massenaktionen müssen vom Sozialismus Richtung und Ziel bekommen.

## Erzbergers Finanzprogramm.

### Die Pläne zur Verhinderung der Steuerhinterziehung.

In einer Zusammenkunft, die das Reichsfinanzministerium am vergangenen Sonntag zwischen Vertretern der bundesstaatlichen Einzelverwaltungen und der Finanzwissenschaft an den deutschen Hochschulen veranstaltete, entwickelte Reichsfinanzminister Erzberger verschiedene Einzelheiten über sein neues Steuer- und Finanzprogramm.

Hiernach beträgt der Gesamtbedarf des Reiches, der Bundesstaaten und sämtlicher Gemeinden rund 25 Milliarden Mark, von denen auf das Reich allein 17 Milliarden entfallen. Von diesem Bedarf von 25 Milliarden sind bisher nur 8 Milliarden gedeckt, so daß 17 Milliarden noch aufzubringen sein werden. Hierfür komme in erster Reihe der Ausbau der Umsatzsteuer in Betracht, ferner das Reichsnotopfer, die neue Reichseinkommensteuer mit ihrer Kapitalertragssteuer und die Besteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse, die nach Erzbergers Erklärungen nicht zu umgehen sein würde, wenn die notwendigsten Mittel aufgebracht werden sollen. Die Kapitalertragssteuer, die eine Sonderbesteuerung des Einkommens ohne Arbeit darstellt und einen Besteuerungssatz von 25 bis 30 Prozent aufweist, wird un-

gestaltet erhoben werden, da sie in der Praxis schwer zu kontrollieren ist und sich dadurch ergebenden Ungerechtigkeiten zu vermeiden und die kleineren Rentner etwas zu schützen, werden für den Kapitalertrag eine bestimmte Höhe nicht übersteigt. Eine Ertragssteuer würde geben, die an der Steuerklasse an sich nicht für andere Steuern angenommen werden.

Die neuen Steuern sollen möglichst rasch eingeführt werden, und zwar soll die neue Reichseinkommensteuer möglichst schon am 1. April 1920 in Kraft treten. Die Steuer will man übrigens die Unternehmer ähnlich wie der Invaliditätsversicherung mit heranziehen.

Ausführliche Erörterungen machte der Reichsfinanzminister über seine Pläne zur Verhinderung der Steuerhinterziehung. So sollen sämtliche Wertpapiere, Aktien und Talons einer Pflichtstempelung unterliegen, der Maßnahme, daß die nicht zur Abstempelung eingetragene Stücke zugunsten des Reiches verfallen. Ferner soll der gesamte Notenumlauf einer Kontrolle unterzogen werden, wodurch Erzberger gewaltige Summen von geschätztem Geld heranziehen zu können glaubt. Schließlich sprach Erzberger von einer Kontrolle des Auslandsverkehrs deutscher Kapitalisten, die eine bisher noch nicht bekannte der Schädigung der Leute, die ihr Kapital ins Ausland schoben haben, darstellen wird. Erzberger selber erklärte Maßnahmen in gewissem Sinne „geradezu als brutal“.

Alle diese Pläne zeigen, daß im großen ganzen nicht ein Deut von dem Gebiete der bisherigen „bedauerlichen“ Steuerpolitik abgewichen wird. Insbesondere ist die Verhinderung des geringen und noch dazu über 30 bis 50 Prozent erstreckten „Reichsnotopfers“ geradezu skandalös. Der Reichsfinanzminister erklärt, die Besteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse werde nicht umgehen sein, wenn die „notwendigsten“ Mittel herbeigeholt werden sollen. Die Versprechungen einer Kontrolle und Verhinderung der Vermögensverschlebung Ausland sind schon zu lange und zu offen von den Erzberger und Dernburg gemacht worden, ohne daß auch das geringste in dieser Hinsicht geschehen wäre, als daß man die mystischen Andeutungen Erzbergers über diesen allzu viel Veritonen kenne kann.

## Ein neues Verordnungsgeß.

### Die Bevorzugung der Offizierskaste.

Der Friedensvertrag hat uns die Bedingung auferlegt, unsere Heeresstärke bis 1. April 1920 auf 100 000 Mann herabzusetzen. Eine große Anzahl von Offizieren und Kapitulanten wird dadurch überflüssig. Der Nationalversammlung sind diesfalls jetzt die Entwürfe eines Gesetzes zur Entschädigung derjenigen Offiziere und Kapitulanten vorgelegen, die gezwungen sind, auf Grund der Verminderung der Heeresmacht aus dem Heere auszuscheiden.

Dieses Verordnungsgeß zeigt uns in allen seinen Zügen wieder, daß auch in der Republik die Offiziere eine besondere Rolle des Volkes bilden. Alle Angehörigen der Wehrmacht sind jahrelang im Felde waren und mit ein paar lumpigen Soldaten an Lohnung abgezehrt wurden, deren Familien während des Krieges hungerten, die vielfach ihre Existenz verloren und geringen Ersparnisse aufzehren mußten, wurden bei der Entlassung mit 50 Mark abgefertigt. Kein Mensch dachte sich darum, wo sie Arbeit nehmen sollten, tausende von ihnen warten noch heute auf eine entsprechende Beschäftigung, sie müssen sich jämmerlich durchs Leben schlagen und sind ausschließlich auf die zweifelhaften Hilfe der Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, wobei sie sich noch von der reaktionären Presse tagtäglich den Vorwurf der Faulheit gefallen lassen müssen. Für die Kriegesgefangenen, die jetzt nach jahrelangem Leiden in die Heimat zurückkehren, der Staat nur die geringe Summe von 300 M. übrig, die als Entschädigung gezahlt werden soll, und zwar erst dann, wenn die Bedürfnisfrage geprüft worden ist.

Während also der Staat für die gefallenen Opfer des Krieges, soweit sie den erwerbsfähigen Schichten entstammen, Anteilnahme übrig hat, schüttet er für die Versorgung der Offiziere das Geld mit vollen Händen aus. Es erhalten Offiziere bei einer Dienstzeit unter 10 Jahren die Beförderungsnachweise, die sie als aktive Offiziere im Falle einer vorübergehenden Verurlaubung bekommen würden, auf die Dauer eines Jahres.

## Friedmanns Tuberkulose-Heilmittel.

Der Berliner Tuberkuloseforscher und Entdecker des Heilmittels der Tuberkulose, Dr. Friedrich Franz Friedmann, ist, wie gemeldet, kürzlich zum außerordentlichen Professor an der Universität Berlin ernannt worden. Diese Ernennung, die noch eine Mitteilung in der medizinischen Fachpresse über den Hof der Berliner Fakultät hinweg erfolgt sein soll, ist nur zu begrüßen. Man kann hoffen, daß nunmehr dem gewaltigen Heer der Tuberkulose-Kranken ein Heilmittel bekannt und zugänglich gemacht wird, das trotz verblühender Wirkung von Anhängern der bisher üblichen Tuberkulosebehandlung vornehmlich abgetan und verachtet worden ist, lediglich zum Schaden der Kranken, von denen bereits Abertausende hätten gerettet werden können, die inzwischen dem Tode oder unheilbarem Bleichstum verfallen sind.

Die moderne Wissenschaft sucht nach Mitteln, die die Abwehrkräfte des menschlichen Körpers gegen die Erreger der Infektionskrankheiten fördern. Bei einigen Infektionskrankheiten ist das auch teilweise oder ganz gelungen. So wissen wir, daß die Erreger der Pockenkrankheit des Kindes beim Menschen eine ganz leichte, beinahe gefahrlose Infektion verursachen, gleichzeitig die Abwehrkräfte im menschlichen Körper derart vermehren, daß eine Infektion mit dem edlen Pockengift nur selten erfolgt. Ähnlich wirken die bisher entdeckten Schutz- und Heilmittel der Tollwut, der Diphtherie, des Typhus, der Cholera usw.

Gegen die Tuberkulose, die verbreitetste aller Krankheiten, war ein solches Heil- und Schutzmittel bisher nicht gefunden. Robert Koch glaubte es zwar in dem Tuberkulin gefunden zu haben. Die hohen Erwartungen, die die Welt seit bald drei Jahrzehnten zu Robert Kochs Tuberkulin hegte, haben sich aber leider nicht erfüllt, obwohl dem Tuberkulin in manchen Fällen eine spezifische Wirkung nicht abgesprochen ist. Man mußte sich darauf beschränken, den kranken Körper durch gute Ernährung, bessere hygienische Lebensbedingungen, Aufenthalt in reiner Bergluft usw. zu kräftigen zu versuchen, um dadurch die natürlichen Abwehrkräfte des Körpers in ihrer Entwicklung zu fördern. Daneben machte man sich die wohlthätige Wirkung der Sonnenstrahlen und abführende Medikamente zur Bekämpfung der

Krankheitssymptome nutzbar. Leider war damit nur selten eine tatsächliche Heilung, meist nur eine vorübergehende Besserung des Leidens zu erreichen. Die Kriegsjahre mit ihrem Niedergang aller wirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Errungenschaften haben allmählich alle Erfolge der bisherigen systematischen Tuberkulosebekämpfung über den Haufen geworfen. Die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose ist heute größer als je zuvor. Neben der unbedingten Notwendigkeit einer großzügigen sozial- und wirtsch. und wirtsch. politik gilt es damit als erwiesen, daß die bisher bekannten Kampfmittel gegen die Volkspeste unzureichend sind. Auch die hohen Erwartungen, die die Welt seit bald drei Jahrzehnten zu Robert Kochs Tuberkulin hegte, haben sich leider nicht erfüllt.

Im Jahre 1909 entdeckte Friedmann nach mehrjährigen Tuberkulose-Forschungen Lungentuberkulose bei einer Schildkröte. Bei Versuchen an Hunderten von Tieren, darunter an den für Tuberkulose allerempfindlichsten, den Meerschweinchen, stellte er fest, daß Tuberkelbazillen der Schildkröten in Warmblütern nicht fortkommen. 1909, also schon vor zehn Jahren, hatte er sein, aus lebenden Schildkröten-Tuberkelbazillen hergestelltes Mittel sowohl durchgearbeitet und ausprobiert, daß er zu dessen Anwendung am Menschen übergehen konnte. Um die Unschädlichkeit des neuen Heilmittels zu demonstrieren, spritzte er sich zuerst eine Ladung in den eigenen Körper, — er lebt heute noch in voller Gesundheit.

Ende 1912, nachdem das Mittel von Friedmann und anderen Ärzten bei mehr als tausend Kranken angewendet und die Unschädlichkeit und ausgezeichnete Heil- und Schutzwirkung erwiesen war, gab Friedmann das Resultat seiner Forschungen in einem Vortrag vor Ärzten bekannt. Bald darauf geschah das Unglaubliche. Das neue Heilmittel wurde ohne die gewöhnliche Nachprüfung, auf die der Entdecker nach den erzielten Erfolgen unbedingt Anspruch hatte, von einigen sogenannten Autoritäten der Tuberkulosebehandlung abgelehnt und als schädlich, ja sogar lebensgefährlich verurteilt. Die schließlich nicht überzeugenden großen Heilerische wurden zu verführerischen versucht. Friedmann wurde nicht nur sachlich, sondern auch persönlich in schwerster Weise angegriffen und verleumdet. Der frühere Chef der preussischen Medizinverwaltung Geheimrat

Richter ging — ohne sich jemals über die tatsächliche Wirkung durch Besichtigung und Nachuntersuchung von damit behandelten Kranken zu überzeugen — so weit, daß er ein amtliches Gutachten des Kaiserlich-Königlichen Prof. Ehrlich über die Unschädlichkeit des Mittels einfach unterdrückte und in die Akten des Reichsministeriums legen ließ.

Unter den sachlichen Gegnern Friedmanns ist es jetzt allgemein bekannt, nachdem seit Anfang 1918 in der medizinischen Fachpresse zahlreiche Veröffentlichungen hervorragender Fachautoritäten erschienen sind, die nach mehrjährigen Beobachtungen ihrer Patienten über endgültige Heilungen durch das Mittel berichteten. Eine Einspritzung genügt in den meisten Fällen, um eine völlige Heilung herbeizuführen. In der medizinischen Literatur der letzten Jahre wird nahezu einmütig der volle Heilwert des Mittels anerkannt. Vielen Kranken hat es Genesung gebracht. Als Heilbar sind nach den bisherigen Beobachtungen alle Formen der Tuberkulose angesehen worden, ausgenommen natürlich alle schweren Leiden, die bereits zu umfangreichen Verformungen einzelner Organe geführt haben und der geschwächte Körper nicht mehr die Abwehrkräfte produzieren kann.

Friedmann ist nunmehr zum außerordentlichen Professor mit einem Lehrauftrag für Tuberkuloseforschung und Bekämpfung der Tuberkulose ernannt worden. Damit ist wohl ein erster Schritt getan, aber dem Millionenheer der Tuberkulose-Kranken noch wenig gekolten. Nicht nur schärfste Erklärung eines Heilmittels, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet, Entdecken und Verarbeiten die bisherigen Forschungsergebnisse Friedmanns über das Mittel ist unbedingt notwendig. Vor allem muß die Möglichkeit gegeben werden, auch die Kranken mit dem Mittel bekannt zu machen und zu behandeln. Wenn man erfährt, daß nach den neuesten Berechnungen in Deutschland jetzt beinahe 600 000 Menschen jährlich an Tuberkulose sterben, und daß diese Zahl stetig wächst, darf man erwarten, daß nichts unternommen wird, um die schweren Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs beim deutschen Volke zu mindern und eine Seuche endlich wirksam zu bekämpfen, die ihre Opfer vorwiegend in dem ausgebeuteten und verarmten Proletariat findet.

Eine Dichtung Ernst Toller auf der Bühne, die in der Reichsbühne am Rine, Charlottenburg, Direktion Franziska

sofort. Alle übrigen Offiziere mit dem pensionfähigen Dienstalters bis zum Brigadefeldwebel erhalten den Übergangsbetrag, und zwar Verheiratete auf die Dauer von 6, Unverheiratete auf die Dauer von 3 Jahren. Die Übergangsbeträge betragen 1/2 des bei der Pension zugrunde liegenden Dienstalters. Für aktive Offiziere sollen während der Übergangszeit noch Zulagen gezahlt werden. Haben sie während der Übergangszeit keine Beschäftigung gefunden, so werden sie im Anschluß daran pensioniert. Alle Offiziere, vom Brigadefeldwebel aufwärts, werden sofort in Pension gesetzt.

Wir sehen also, daß für die Offiziere auf das Beste gesorgt wird. Die meisten von ihnen entstammen den begüterten Kreisen. Ihre Väter haben die Kriegslastung weidlich ausgenutzt und Gewinne aus den Beiden des Volkes geschlagen. Das Schicksal der Offiziere während des Krieges war außerdem so, daß sich viele von ihnen Verschulden machten konnten. Jetzt werden sie vom Staat aus demselben mit Geldern versorgt, daß sich nur die wenigsten von ihnen zugunsten sehen werden, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen. Dieses Versorgungsrecht ist eine Herausforderung derjenigen Soldaten, die jahrelang im Felde waren, völlig heruntergekommen sind und heute noch nicht wissen, wie sie ihre Witwe beden sollen.

Für die Kapitulantien ist in dem Versorgungsgezet den Offizieren gegenüber ein wesentlicher Unterschied gemacht worden. Sie erhalten nach einer aktiven Dienstzeit von mindestens zwölf Jahren eine laufende monatliche Entschädigung auf die Dauer eines Jahres. Die monatliche Entschädigung wird für Verheiratete 300 M., für Unverheiratete 200 M. betragen. Außerdem bekommen sie eine einmalige Abfindung von 300 M. zur Beschaffung und Unterhaltung ihrer Kleidung. Den Kapitulantien vom 7. bis 11. Dienstjahre wird außerdem eine einmalige Geldentschädigung von 1000-2000 M. bezahlt.

Es ist selbstverständlich, daß der Staat in irgendeiner Weise für die aktiven Heeresangehörigen, die infolge des Friedensvertrages drohlos werden, sorgen muß. Vor allem muß für die Kapitulantien die Möglichkeit geschaffen werden, so schnell wie möglich einen bürgerlichen Beruf zu finden. Mit einer einmaligen Geldentschädigung müßte es aber nach unserem Dafürhalten getan sein. Ein Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften dürfte auf keinen Fall gemacht werden. Wer von den entlassenen Heeresangehörigen eine Beschäftigung nicht findet, kann an die Erwerbslosenfürsorge verwiesen werden, wie es mit Hunderttausenden geschah. Die durch den Krieg gleichfalls ihre Existenz verloren haben.

Die reaktionäre Presse, die das Versorgungsgezet noch keineswegs für ausreichend hält, sollte sich daran erinnern, daß sie die Erfüllung der Kriegspflicht als eine vaterländische Pflicht betrachtet, für die es eine Vergütung eigentlich nicht geben dürfte. Den Mannschaften gegenüber ist auch noch diesem Grundsatze verfahren worden. Die Offiziere hingegen waren von je her privilegiert und diese Bevorzugung wird ihnen auch jetzt noch zuteil, wo es mit der glücklichen Herrschaft der kleinen Militärsippen so sehr zu Ende gegangen ist. Sparsamkeitgründe kommen dabei nicht in Betracht. Diese werden nur vorgeschoben, wenn es sich um die Abwägung berechtigter Arbeiterforderungen handelt.

## Was ist mit Radef?

Das Verfahren gegen Radef ist zum Stillstand gelangt. Die Akten befinden sich bei der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung darüber, ob Anklage zu erheben oder ob Radef außer Verfolgung zu setzen ist. Wie wir erfahren, sind alle Versuche, Radef eine strafbare Handlung nachzuweisen, gescheitert, und es ist zu erwarten, daß das Verfahren eingestellt wird. Allerdings scheint sich die Staatsanwaltschaft nur sehr langsam zu diesem Schritt entschließen zu können. Es ist höchste Zeit, daß Radef aus der Haft entlassen wird.

Mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Hermann Müller haben bereits Verhandlungen über die Rückkehr Radefs nach Rußland. Das Auswärtige Amt fordert, daß die ukrainische Regierung sich bereit erklärt, die diejenigen Deutschen zu entlassen und auszuweisen, die diejenigen Deutschen zu entlassen und auszuweisen, die

ler), wird als zweite Premiere Ernst Toller's Drama „Die Wandlung“, deren ethischer und dichterischer Gehalt in dem Münchener Prozeß dem Autor zur Entlastung dienlich, als Kraus-Führung bringen. Die Direktion bietet, bei dieser Gelegenheit bekanntzugeben, daß die Tribüne keineswegs irgendein parteipolitisches Programm vertritt.

Ausstellung von Werken gefangener und gefallener Künstler. Für die aus Internierung und Gefangenschaft zurückkehrenden Künstler ist die Herberausstellung geplant. Behördliche Unterstützung ist zugesichert. Es ergeht daher die Aufforderung an alle Beteiligten, auch an die Angehörigen der Juristenvereine und Gefallenen, in deren Anschlag vielleicht Schatzbares vorhanden, der Geschäftsstelle des wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler, Berlin W. 62, Lutherstr. 46 („Herberausstellung ehem. selbstg. Künstler“) Namen und Adresse anzugeben.

Chinesische Abende. Karl August Wittfogel bespricht am Dienstag, den 22. Juli, in der Aula der Kaiser-Wilhelm-Schule, Charlottenburg, S. 4, die Chinesischen Abende mit dem Vortrag: „Die Volksreligion Chinas. 200. Folge.“

Philosophie des Schachs. Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, den 24. Juli, 7 Uhr, in der Aula der Kaiser-Wilhelm-Schule, Weinmeisterstr. 15, 23. Juni vor den Arbeiter-Schachspielern Groß-Berlin. Es wird die Frage erörtert, in welchem System menschlicher Geistestätigkeit das Schach einzuordnen ist, ob in Spiel, Sport, Kunst oder Wissenschaft. Ferner wird der grandiose Aufbau des Schachs und der Entwicklungsgeschichte des Spiels behandelt werden. Als der wichtigste Reiz des Spiels wird der Abenteuer-Geist hingestellt. Eintritt frei.

Die Kunstausstellung Berlin 1919 wird am Donnerstag, den 24. Juli, vormittags 11 Uhr, im Landesausstellungsgelände eröffnet werden.

Entdeckung des Typhusbagillus? Der Chefarzt eines Moskauer Typhuskrankehauses, Dr. Max Kartnowski, soll in den Gehirngeweben der Typhusbakterien gefunden haben, die als Ursache der Typhuskrankheit angesehen werden. Die Entdeckungen sind noch nicht abgeschlossen.

für Radef gefangen gesetzt worden sind. Demgemäß hat sich das Auswärtige Amt durch Funkpruch mit der Regierung in Moskau in Verbindung gesetzt. Von dort ist schon vor längerer Zeit eine entsprechende Erklärung Radef's über die Mittel worden. Auch die Namen der Deutschen, die als Geiseln festgenommen sind, und die gegen Radef ausgetauscht werden sollen, sind bekanntgegeben. Trotzdem fehlt noch immer eine definitive Erklärung des Auswärtigen Amtes. Wenn die Entlassung des Auswärtigen Amtes noch weiter hinausgeschoben wird, könnten den deutschen Geiseln, die auf den Austausch warten, Schwierigkeiten entstehen. Warum zögert das Auswärtige Amt?

## Hochverratsprozeß Agelrod.

Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Agelrod beginnt am 23. d. M. vor dem Landgericht München. Agelrod wird beschuldigt, es unternommen zu haben, die Bayerische Verfassung gewaltsam dadurch zu ändern, daß er als Mitglied des Aktionsausschusses der kommunistischen Räte-Regierung und insbesondere als Kommissar für das Finanzwesen, zur Umwandlung des Finanzwesens nach den Grundrissen der kommunistischen Regierung fürcht, insbesondere die Beschlagnahme und Enteignung des Inhalts der Konten anordnete. Vor der Verteidigung, die in den Händen der Münchener Anwälte Dr. Steppacher und Dr. Günther sowie des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld (Berlin) liegt, wird vor allem geltend gemacht, daß Agelrod als Vertreter der russischen Regierung exterritorial sei und daher vor dem Landgericht nicht abgeurteilt werden könne. Der russische Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin hat in dem von uns bereits veröffentlichten an Dr. Rosenfeld gerichteten Telegramm ausdrücklich bezeugt, daß Agelrod Vertreter der russischen Regierung ist. Danach muß als ausgeschlossen angesehen werden, daß das Landgericht Agelrod aburteilt. Das Strafverfahren wegen Hochverrats muß demgemäß eingestellt werden.

## Aufruf der ungarischen Räteregierung.

Die ungarische föderative sozialistische Räterepublik erläßt einen Aufruf an die Proletarier aller Länder, den wir wegen des Nichterscheinens unseres Blattes gestern nicht bringen konnten. Es heißt darin:

Das befreite, aber noch leidende Proletariat richtet an Euch sein Bruderwort. Im Schweiße unseres Angesichts ringend arbeiten wir an der Errichtung des Sozialismus. Wir scheuen nicht Hunger noch Elend, nur um frei leben zu können. An Eurer Solidarität appellieren wir gegenüber Euren eigenen Unterdrückern, die auch unsere Unterdrücker und die solidarischen Stützen unserer gegenrevolutionären Bourgeoisie sind.

Als wir das Joch des Kapitalismus abschüttelten, um erhabenen Hauptes an die Schaffung des Sozialismus zu schreiten, gaben wir uns gar keinen Illusionen hin. Wir wußten, daß dem jungen Staat des Sozialismus die Gefahr droht, in dem Blutmeer erstickt zu werden, worin die Häubchen der nahen und ferneren Imperialistenstaaten sie tauchen möchten.

Wir wußten, daß unsere revolutionäre Tat die Realisation proletarischer Internationalität darstellt, auch wenn sich das Echo von Eurer Seite verzögert. Denn es gibt nur eine Art von Internationalität, das ist die revolutionäre Handlung. Wir ringen, kämpfen, emporheben und bluten! Das Proletariat der ungarischen sozialistischen föderativen Räterepublik läuft die Opfer ohne Zahl — dennoch: nach den Erfahrungen unserer viermonatigen Bestandes ruft wir Euch zu: Es gibt kein Opfer, vor dem wir zurückweichen würden, wenn wir das große Ziel ins Auge fassen.

Nach den ersten Wochen unseres Bestandes wies sich der internationale Imperialismus mit seiner ganzen Räuberwut auf uns, um das Proletariat, das Land des internationalen Proletariats, zu verdrängen. Wir stehen in Waffen, um die vorgeschobenen Posten der Gegenrevolution zurückzuwerfen zu können. Die bloß auf die Gelegenheit lauernd, um in unsemr Bande die kapitalistische Ausbeutung wiederherzustellen. Wir bedrängen den Boden, die Fabriken, die Gruben, die dem arbeitenden Volke gehören. Wir lassen es nicht zu, daß sie wieder zu Werkzeugen der Ausbeutung werden. Stark ist unser Vertrauen in unsere Kraft, doch ebenso mächtig ist unser Glaube an die geschichtliche Mission des Proletariats, der sich die Arbeiterschaft keines Landes entziehen kann. Euer Vergehen am 21. Juli ist der Beweis, daß das Proletariat nur einer geschichtlichen Notwendigkeit folgt, wenn es diese Mission erfüllt. Unsere Niederlage würde auch Euch zum Verhängnis. Ihr müßt also die Vormundschaft Eurer Bourgeoisie und ihres Trostes von Euch abstreifen, um Eure Solidarität mit unserer Sache vor aller Welt zu bekunden.

Mit herzlichen Bruderworten wenden wir uns an Euch. Ihr revolutionären, zu Demonstrationen und Generalstreik rühenden Proletarier Italiens, Frankreichs, Englands, Hollands, Schwedens, der Schweiz und Oesterreichs. Wandelt die Solidarität mit uns und unserer russischen Schwesterrepublik aus einer stillen Manifestation in Aktionen des Alltags um. Schüttelt ab das Joch des Kapitalismus, entfalset die Fahne der gegenwärtigen und aufkauernden Revolution. Es gibt nur einen Ausweg aus den Folgen des fünfjährigen Krieges: die soziale Weltrevolution. Nieder mit dem internationalen Imperialismus! Hoch die Internationale!

## Die Ausschreitungen der Regierungssoldaten.

Die unerhörten Vorkommnisse in Jauerburg werden von der gesamten Presse ohne Kommentar registriert. Auch der „Vorwärts“ weiß nicht ein Wort dazu zu sagen, trotzdem der Protest gegen die Ausschreitungen von den Rechtssozialisten ausgegangen ist.

Zwischen war wieder aus einem anderen Ort von ähnlichen Vorkommnissen berichtet. In Pöritz in Pommeren liegen seit einer Woche Heberstädter Russen, die sich herausfordernd gegen die Bevölkerung benahmen. Am Sonntag ist es zu Tumulten gekommen, bei denen auch eine Handgranate geworfen wurde. Montag vormittag legten aus Protest dagegen die Arbeiter die Arbeit nieder, in einer Versammlung wurde die sofortige Abberufung des Landrats und die Beseitigung der militärischen Einquartierung gefordert.

## Die Kriegsflagge über dem königlichen Schloß

Von zuverlässiger Seite erfahren wir folgendes: Seit Sonntag abend wehte über dem ehemaligen königlichen Schloß die alte Reichs-Kriegsflagge (viergeteilt weißes Feld mit Schwarz-weiß-rotem Querschnitt im inneren oberen Winkel). Es ist, wie unsemr Gemeindevorstand im Schloß persönlich berichtet wurde, der Offiziers-Sturmtrupp einer Marine-Brigade, ein Teil der Reichswehrbrigade 40 (Westen-Corbeck), der die Fahne eigenmächtig

aufgezogen hat. Die Offiziere geben an, die Flagge sei als Zeichen der „kaiserlichen“ Kriegsmarine im besonderen auch ihr Feldzeichen, das sie überall aufpflanzen, wovon sie können und „ein deutscher Mann hole nur dort seine Fahne nieder, wo der Feind ihn dazu zwingt“.

Das Gouvernement Berlin, aufmerksam gemacht auf die am gestrigen Tage besonders provozierende Wirkung der Flaggenhebung gegenüber der Arbeiterschaft, teilte mit, daß es sich mit dem Oberkommando des Heeres in Verbindung gesetzt und die Anweisung bekommen habe, die Einholung der Flagge zu bewirken. Dem Stabe der im Schloß liegenden Truppen sei demgemäß Befehl erteilt. Wenn die Schloßoffiziere sich nicht danach richteten, sei das nicht seine, des Gouverneurs, Schuld!

Ein Gespräch mit dem derzeitigen Schloßkommandanten, dem Führer der Marinetruppen, mit der Anweisung, das provozierende und in Berlin ja auch völlig sinnlose Kriegsschilder zu entfernen, hatte natürlich keinen Erfolg.

Ein Aufruf beim Reichswehrministerium, Vorderrstraße, ergab, wie zu erwarten, die echt „militärische“, aber deshalb nicht weniger diplomatische Antwort, „daß sei allein Sache des Gouvernements Berlin (Kommandantur)“.

Wenn es noch eines weiteren Beweises bedurft hätte dafür, was wir seit Monaten wissen, daß Radef und seine Parteigenossen, obgleich zutiefst verantwortl. für die alte militärische Miswirtschaft im „neuen“ Deutschland, nur Spielball ist in den Händen seiner militärischen „Berater“, so wäre es die Dichtung der Kriegsflagge auf Wilhelm's Schloß, am 21. Juli, acht Monate nach der „Umwandlung“, am Tage, wo die große Rasse des arbeitenden Berlins friedlich demonstrierte für internationalen Sozialismus, für wahren Völkerrfrieden!

## Die Wiederaufnahme des Postverkehrs.

Das britische Postamt teilt mit, daß jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird.

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika werden gewöhnliche offene Briefe und Postkarten auf Befehl des Absenders zur Beförderung angenommen.

## Der Güterverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 21. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Frankfurt: Das Zivilkommissariat 4 teilt mit, durch die Aufhebung der Blockade ist nunmehr auch der Güterverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet frei. Verboten bleibt nach wie vor die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial; die Ausfuhr von Rohstoffen, Platin, Gold und Silber, gemünzt und in Barren, sowie fremdem Geld ist ohne Genehmigung des internationalen Wirtschaftskomitees in Koblenz nicht gestattet. Aus diesem Grunde wird die Kontrolle der Postpakete mit aller Strenge durchgeführt werden. Kohlentransporte unterliegen auch weiterhin den bisherigen Bestimmungen. Der sonstige Güterverkehr ist keinerlei Beschränkungen unterworfen; damit sind auch die bisher geltenden Bestimmungen für Ein- und Ausfuhr von Möbeln usw. aufgehoben.

Nach dem Prinzen Max nach der Schweiz. Nach einer Meldung aus Baden ist vor einigen Tagen der ehemalige Prinz Max über den Bodensee nach der Schweiz entflohen. Es soll ihm mitgeteilt worden sein, daß die Kommunisten einen Anschlag auf ihn ausführen wollten.

Mit dem Schulkompromiß sind einige Staaten, wie Belgien, Hessen und Sachsen, nicht einverstanden. Es fand eine neue Beratung statt; deren Ergebnis ist, daß das Kompromiß einseitig neuen Durchsicht unterzogen werden soll.

Groß-Thüringen. Ende August oder Anfang September wird in Weimar ein Parlament zusammentreten, zu dem die einzelnen thüringischen Staaten Vertreter entsenden. Es gehören ihm 10 unabhängige Sozialdemokraten, 16 Rechtssozialisten, 10 Demokraten, 4 Deutsch-Nationale und 3 Mitglieder der Deutschen Volkspartei an. Das Parlament soll sich mit der Schaffung eines selbständigen Freistaates Thüringen unter Einbeziehung der dazu nötigen preussischen Gebiete befassen.

Die spanische Kabinettskrise. Maura ist mit der Bildung eines konservativen Konzentrationkabinetts beauftragt worden.

## Der Kampf um Preu

Weimar, 22. Juli.

Nachdem die Sitzung der Nationalversammlung gestern bis 11 1/2 Uhr nicht gedauert hatte und der ganze 5. Abm. der Grundrechte bis zur Abstimmung erledigt war, ging heute die Nationalversammlung über die zur Abstimmung Artikel 18, 62, 64 zu beraten. Der Artikel 18 hält am bundesstaatlichen System fest und legt die Normen für die Bildung neuer Bundesstaaten fest. Eine Einigung der Reichsregierungsvertreter war im Anfang der Verhandlung über diesen Artikel nicht zu erzielen. Es handelt sich um die Frage der Aufteilung Preußens. Nunmehr liegt ein Kompromißantrag von Preußen vor, der die Aufteilung von Staaten von der Zustimmung von 1/2 der Bevölkerung abhängig machen will und dies frühestens zwei Jahre nach Verkündung der Verfassung erst eintreten lassen will. Demgegenüber kämpfen die Konserverativen und die Deutsche Volkspartei für die Aufrechterhaltung der Vormacht Preußens.

Der konservativ Philipp aus Berna bei Leipzig machte sich zum Vorkämpfer des Groß-Preußentums. Preußen das nationale Rückgrat Deutschlands, die Persönlichkeit Preußens die nationale Gefahr für Deutschland. Preußen hat Anspruch auf den Dank der anderen Bundesstaaten, preussische Truppen hätten die revolutionäre Bewegung in Leipzig und München niedergedrückt. In ganz ähnlicher Weise äußerte sich der Redner der Deutschen Volkspartei, Herr Heinz, ebenfalls ein Sachse, der das alte Preußen ein, nachdem vorher der preussische Minister des Innern, Heine, eine schlingelnde Rede gehalten hatte, deren Grundgedanke darauf hinauslief, daß man den jetzt bestehenden Verwaltungsapparat so benutzen sollte, wie er einmal da sei.

Die Sitzung dauert fort.

## Aus der Partei.

Oberswalde und Umgegend.

Inseiner Bewegung schreitet hier tüchtig vorwärts. So sind in Oberswalde die „Rechtssozialisten“ bis auf einen Rest von 20 Mann zu uns übergetreten. In Reichenhagen treten nach einem vom Genossen Otto Blumane abgehaltenen Vortrage die gesamten „Rechtssozialisten“ in Stärke von 96 Mann zu uns über, außerdem waren noch 12 Reueunehmen zu buchen. Der rechtssozialistische Parteiverein in Lichterfelde bei Oberswalde beschloß 10 auf 2 Mann ebenfalls den Hebertritt. Derartige Erfolge erhöhen die Freude an der Partiarbeit und sind der beste Dank für die Genossen, die in der erlösenden Arbeit der Reueunehmen mitmachen.

# Gewerkschaftliches.

## Die Tarifbewegung der Musiker.

Der Verein der Kaffeehausbesitzer hat auf das Ultimatum der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes Gegenentwürfe für den Abschluß eines Tarifvertrages eingereicht. Die Hauptforderung der Musiker ist: Ausdehnung des Kapellmeisters (Ensembleleiters) als Unternehmer und Anerkennung des Kaffeehausbesitzer als Arbeitgeber, ist seitens der Kaffeehausbesitzer angenommen worden. Dieses Zugeständnis ist aber nicht als ein solches an die Musiker und mit Rücksicht auf ihre Besserstellung anzusehen. Sie haben diese alte Forderung der Musiker nur aus rein egoistischen Interessen, aus rein rechtlichen Gründen zugestimmt. Die Summen, die bisher die Ensembleleiter aus den Kaffeehäusern für die Musiker durch unarbeitsmäßige Vergütung für sich selbst herausgewirtschaftet haben, wollen nunmehr die Cafetiers für sich selbst einstecken, haben aber einmal die Liebe für diese sonst von den Cafetiers so hart bekämpfte Forderung der Musiker.

Auch die ständige Arbeitszeit möchten sie für den Kaffeehausbesitzer allgemein einführen. Sie bringen ihnen Vorteile nach jeder Richtung. Es soll dadurch eine Herabsetzung der bisherigen durchschnittlichen Arbeitszeit für den Musiker erreicht werden. Für den Musiker kann die gesetzliche Vorschrift über den Achtstundentag nicht zwingend sein. Sie bedeutet für ihn keine Verbesserung der alten Verhältnisse, sondern eine Verschlechterung, in sozialer Beziehung eine Unmöglichkeit. Nur durch einvernehmliche Einigung der Musiker — jedenfalls aber keine Blätter — könnten auf die Dauer, ohne schweren Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen, eine täglich ständige Dienstzeit über acht Stunden auszuhalten und noch dazu in einer mit Tabakrauch hart durchdränkten Luft eines Kaffees. Neben dieser direkten Arbeitsleistung kommt noch eine tägliche Uebungszeit von 2-3 Stunden hinzu, die jeder Musiker innehalten muß, wenn er auf der Höhe seiner Leistungen und damit in Lohn und Brot bleiben will. Diese indirekte Arbeitszeit der Musiker muß unbedingt zu der täglichen Arbeitszeit hinzugerechnet werden. Dem Musiker im allgemeinen und dem Kaffeehausbesitzer im besonderen kann nicht mehr als eine ständige Maximalarbeitszeit zugemutet werden. Die Musiker lehnen es auch ab, überhaupt länger als 8 Stunden täglich zu arbeiten.

Für eine vierstündige Arbeitszeit soll der Musiker einen Stundenlohn von 4,50 M. erhalten. Je mehr Stunden er nun für den Unternehmer arbeitet, desto weniger soll er pro Stunde bezahlt bekommen. Also eine Prämie für den Unternehmer zur Ausnützung der Arbeitskraft des Arbeitnehmers. Die großen Kaffees, wie: Vaterland, Kolozeum usw., für die speziell die Staffeln der Stundenlöhne ausgestellt worden ist, würden dadurch auf Kosten der Musiker große Ersparnisse machen. Denn die bisher übliche zweite Kapelle und der höhere Stundenlohn für dieselbe könnte nunmehr wegfallen, da ja den achtstündigen Dienst eine Kapelle ausreichen würde. Der Achtstundentag für die Musiker angewendet brächte nicht eine Vermehrung der Arbeitsleistungen, er würde den Arbeitsmarkt verschlechtern und die vorhandene Arbeitslosigkeit unter den Musikern nur noch vermehren. Ausgerechnet diese großen Kaffees, die bekannterweise die größten Kriegsgewinne erzielt haben, sie wollen für die soziale Besserstellung ihrer Musiker auch nicht das geringste tun, im Gegenteil, sie versuchen, wie die Kampfbewegung mit den achtstündigen Arbeitern zeigt, die Ertragsansprüche der Revolution zum Schaden der Arbeitnehmer auszunutzen. Ihre soziale Unterdrückung geht sogar soweit, die bisher behandelte gesetzliche Mindestlohnfrist von 14 Tagen (vom 15. zum 1. eines Monats) auf acht Tage herabzusetzen. Der Musiker soll noch mehr als bisher in das Abhängigkeitsverhältnis von Arbeitgeber und Agenten hineingetrieben werden.

Bei Forderungen und Entlassungen der Musiker sollen auf Grund eines Mitspracherechtes nicht die Musiker selbst, sondern auch die übrigen Angehörigen des Hauses mit entscheiden. Die Cafetiers sträubten sich bisher, dem Musiker in künstlerischen Fragen dem Kapellmeister gegenüber ein Mitspracherecht einzuräumen. In Fällen der Entlassung oder Einstellung eines Musikers soll jetzt vielleicht die Weinmädchen des Hauses ein Recht der Mitsprache haben. Die Gegenentwürfe des Vereins der Kaffeehausbesitzer sind für die Musiker durchaus unannehmbar und werden von denselben abgelehnt.

# Groß-Berlin.

## Die Not der Rentempfänger.

Unter den gegenwärtigen teuren Lebensverhältnissen haben im besonderen die Rentempfänger zu leiden. Die in früheren Zeiten festgesetzten Renten entsprechen den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr. Zeit und doch ein Rentempfänger mit, daß er abgesehen von einer „Lohn“ Rente bezieht, 1,80 M. pro Tag erhält. Was soll er damit in unserer teuren Zeit anfangen? Es ist eine dringende Pflicht der Regierung, hier endlich einzugreifen, die Renten den veränderten Verhältnissen entsprechend zu erhöhen.

Wichtig unternehmlich ist auch das Verhalten einiger Behörden den Rentempfängern gegenüber, die durch Gelegenheitsarbeiten ihre kümmerliche Lage einigermaßen erträglich zu gestalten bemüht sind. Die einzige Möglichkeit, einen Zuschuß zur Rente zu verdienen, bietet den meisten der Rentempfänger, die fast durchweg körperlich geschwächt sind, der Handel. Da stehen sie aber mit den bürokratischen Kollegialorganen zusammen. Eine Händlerin, deren Mann Kriegsbefähigter ist, als geisteskrank vom Militär entlassen wurde, und die selbst zwei künstliche Hüfte hat, also nicht in der Lage ist, körperliche Arbeit zu verrichten, erzielt dieser Tage kurz aufeinander zwei Geldstrafen von 5 und 6 M., weil sie in der Kiderstraße Pantoffel und Schnürleiste verkauft hatte. Es gehört ein ziemliches Maß von Rücksichtslosigkeit dazu, in dieser Weise gegen ein derart hilfloses Wesen vorzugehen. Was sollen denn diese bedauernden Menschen eigentlich tun, um ihr und ihrer Angehörigen Leben zu tristen? Die Renten sind absolut unzureichend, und der einzige Ausweg, auf ehrliche Art und Weise sich wenigstens einen geringen Zuschuß zu verdienen, wird ihnen versperrt. Sollen sie sich denn auf Sehen legen? Da braucht man sich in der Tat nicht zu wundern, daß die Kriminalität immer mehr anschwillt.

## Kein Einmachezuder?

Die Berliner Hausfrauen sollen bekanntlich in diesem Jahre keinen Einmachezuder erhalten, weil angeblich kein Zuder da ist. Das ist, wie jeder Berliner weiß, nur eine schlechte Ausrede. Der wahre Grund ist vielmehr in der totalen Unfähigkeit der Reichsstellen zu suchen. Denn Zuder gibt es genug in Berlin. Überall in jeder Straße wird Zuder in Form von Bonbons verkauft und fast in jedem Kolonialwarengeschäft kann man ihn haben — das heißt für 5, 6, 7 und noch mehr Mark.

Außerdem wird, nach einer Lokalmeldung, im Kreise Niederbarnim sechs Pfund Einmachezuder pro Person verteilt. Wie geht das zu? Warum soll in Berlin nicht möglich sein, was Niederbarnim kann? Aufklärung tut hier dringend not. So leicht lassen sich die Berliner Hausfrauen nicht abspießen.

Auf Grund der Verfügung des preussischen Landeszuckeramtes vom 27. Mai 1919 sind sämtliche Personen, die ihren Wohnsitz in Berlin aufgeben und sich dauernd von Berlin abmelden, bis zum Schlusse des Umzugsmonats von ihrem bisherigen Aufenthalt mit Zuder zu versorgen. Infolgedessen sind alle Personen, die aus Berlin verziehen, bis zum Schlusse des Umzugsmonats mit Zuder abzufinden. Dies soll in der Weise geschehen, daß bauern beziehende Personen vom Kleinhandel, bei dem sie zum Zuderbezug eingetragen sind, schon in der ersten Hälfte des Monats für die zweite Hälfte des Monats Zuder beziehen können unter Abrechnung des Abchnitts für die zweite Hälfte, wenn eine polizeiliche Abmeldebescheinigung vorgelegt und dem Kleinhändler vorgezeigt wird.

Außerordentlich harm durch „Ordnungs“soldaten. Die Anwohner des Marinehafens am Köpenicker Park beschwerten sich bei uns, daß seit dem 12. Juli jede Nacht hindurch mit Schreien von Handgranaten, Maschinen und anderen Gewehren von den Soldaten, die zurzeit im Marinehafen liegen, geknarrt wird. Nach den Feststellungen handelt es sich lediglich um „Vergnügungen“ der Soldaten. Die Anwohner, die in jeder Nacht durch Getöse und Anstöße aufgeschreckt werden, empfinden diese Treiben als eine Provokation, die indessen ihren Zweck verfehlt. Im Gegenteil: sie erzeugt nur noch mehr Mißstimmung gegen diese „Ordnungs“-hüter.

20 000 Mark Dienstgelde unterschlagen. Vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebataillon hatte sich der Grenadier Neumann wegen Unterschlagung dienstlicher Gelder zu verantworten. Neumann, der Schreiber bei einem hiesigen Ersatzbataillon war, hatte sich nach und nach 20 000 Mark aus der Dienstkasse angeeignet. Vor Gericht gab Neumann an, daß er das Geld genommen habe, um sich zu verheiraten. Neumann wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Salzheringe im freien Handel. Vom 1. August ab wird die Reichsfinanzverwaltung G. m. b. H. die von ihr eingeführten Salzheringe durch den freien Handel abgeben. Von diesem Tage ab werden Salzheringe nicht mehr wie bisher den Bezugszentralen zur Weiterverteilung geliefert, sondern seitens der einführenden Zentralstelle durch Vermittlung der Importeure dem Großhandel auf Bestellung übergeben, der in der Lage ist, die Ware unter Preisbindung frei innerhalb Deutschlands abzugeben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß hinsichtlich der Einfuhr von Salzheringen irgendeine Veränderung in den gesetzlichen Bestimmungen oder in deren Handhabung nicht eintritt. Die Einfuhr erfolgt nach wie vor durch die Reichsfinanzverwaltung G. m. b. H., oder als deren Beauftragte durch die Salzheringeneinfuhr G. m. b. H., die einen Zusammenschluß der Importeure darstellt. Für sämtliche anderen Fischwaren behalten die bisherigen Bestimmungen ihre volle Gültigkeit.

Patente ins besetzte Rheingebiet. Für die britische Zone der besetzten deutschen Rheinlande sind die bisherigen Beschränkungen in der Einfuhr und Ausfuhr von Waren in Patenten mit der Post mit Ausnahme für Waffen, Munition und Kriegsbedarf aufgehoben. Die Beschränkungen für den Austausch von Wertpapieren und Wertpapieren bleiben zunächst noch für beide Richtungen in Kraft.

Die Postwälderdienststunden sind an Sonn- und Feiertagen im Coesfeldterbezirk Berlin auf die Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt worden; der Postwälderdienst von 12 bis 1 Uhr nachmittags fällt weg. Jedoch werden in der Zeit von 12 bis 1 Uhr bis auf weiteres Einschreibebriefe gegen die besondere Einschreibungsgebühr angenommen. Die Auslieferung von Telegrammen bleibt wie bisher. — Es sind nach dem von den Polen besetzten Teil der Provinz Posen gemeldete offene Brieffendungen auf dem Wege über Wien-Warschau gegen die Auslandsgebühr zugelassen. Die Wiederannahme des unmittelbaren Eisenbahn- und Postverkehrs ist in nächster Zeit zu erwarten.

Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren (Pensionen, Renten und Hinterlassenenzulagen) werden an die päpstliche Abholung ihrer Schenkungen am kommenden Sonntag, 10. Juli, erinnert. Für die glatte Abwicklung des Rentengeschäfts bei den Postämtern ist die pünktliche Abholung der Beiträge unbedingt notwendig. Empfänger, die zur Abholung am Sonntag nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beiträge spätestens nach im Pensionsmonat — Monat August — abzugeben.

Rückkehr der Berliner Fremdenländer aus der Schweiz. Die sechsundzwanzig Kinder, die feinergetragene Jugendliche der Stadt Berlin zur Erholung in der Schweiz untergebracht wurden, kehren am nächsten Freitag nach Berlin zurück. Die Anfunft erfolgt abends gegen 8 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof.

Lebensmittel als Ersatz für Verdienens? Ein Leser schreibt uns: „Was ist wiederum Sache mit der jetzigen Regierung, beweist auf deutliche die Aussage eines Mitgliedes der Reichsregierung, daß die Reichsregierung die Aufgabe der Reichsregierung erhalten dennoch zweiten Tag ein kleines Kommissariat, ferner die üblichen Zulagen an Wurst, Fleisch, Käse, Butter und dergleichen. Selbst Hülfszulagen scheinen zu diesem Zweck immer noch genügend vorhanden zu sein und selbst, man lese und staune, „achtzehn Bohnenlöffel“ gibt es ungefähr 4 Pfund alle zehn Tage. — Sollten diese Lebensmittel nicht der weit hungernden Bevölkerung Berlins, besonders der unvorurteilbaren Jugend, zugute kommen? Unter dieser Frage fragt zuviel. Er sollte wissen, daß solche kleine Rückfragen heute nicht möglich sind.“

Steinmangel. Im Monat Juni betrug der Verbrauch an Steinmehl im Gebiet des Reichsverbandes 101 787 Tonnen gegenüber einem rationierten Bedarf von 200 000 Tonnen, die fehlende Menge beträgt demnach 98 213 Tonnen.

Die städtischen Gemeinden und der Kohlenmangel. Das Reichsamt hat nach der Verprechung über die Kohlenlieferung vor einigen Tagen zwischen dieser Behörde und den Gemeinden des Reichs und Bezirken stattgefunden, bekanntlich ein geradezu looses Bild über die Kohlenlieferung für den kommenden Winter entworfen. Die wir nun hören, werden die städtischen Gemeinden, die von reichen Waldungen umgeben sind, mit Kohlenlieferungen und dem Zweckverband in Unterabteilung treten, nicht das zu erwartenden Ausfalls von Kohlen für den kommenden Winter eine Holzlieferung herbeizuführen. Zweckverband und Reichsamt sollen die Erlaubnis geben, bestimmte Plätze zur Lieferung mit Holz im reichlichen Maße an die Gemeindegemeinden abzugeben zu dürfen. Ein Mangel an Arbeitskräften gegenwärtig nicht vorhanden. Nach erteilter Erlaubnis bitten die Gemeinden dann eine gerechte und gleichmäßige Verteilung des Holzes vorzunehmen und dafür zu sorgen, daß die Preise in erdähnlichen Grenzen bleiben, um so den Holzhandel zu unterbinden. Wahrscheinlich werden seitens der Gemeinden entsprechende Bestellungen geleistet werden.

## Aus dem Gemeindeleben.

Bernau. In einer außerordentlichen Sitzung nahm der Rat der Bernauer Stadtverordneten zu der Eingangsfrage Stellung. Koch (S. P. D.) hatte einen Antrag gestellt, welcher den Anschlag Bernau an die Einheitsgemeinde Groß-Berlin bezweckt. Unser Genosse Köpcke vertrat den Standpunkt, daß Bernau als Endstation des Vorortverkehrs wirtschaftlichen und territorialen Gründen zu Groß-Berlin. Der weitest grösste Teil der Bernauer Arbeiterkraft findet Beschäftigung in Berlin. Die bürgerliche Fraktion ließ erkennen, daß sie sich heute noch nicht für, aber auch nicht gegen den Antrag erklären konnte. Der Antrag wurde dann einer Deputation überwiesen. Die bürgerliche Fraktion enthielt sich der Stimme.

Reptilien-Sammelschule. Mit der Eingangsfrage befahte sich eine große öffentliche Versammlung, vom Gemeindevorstand einberufen worden war. Im Namen des Gemeindevorstandes sprach der Beigeordnete Herr Dr. K. K. führte den Versammlung den Entwurf der Regierung vor Augen. Er kritisierte die Entwürfe der Vorortgemeinden des Bürgerausschusses, die auch von den Parteien abgelehnt wurden. Die Abänderungsvorschläge, welche die Gemeindevorstände zu machen glaubte, führte Herr Dr. K. K. die Versammlung vor. Es sind da an erster Stelle zu nennen, daß der Kreis der Gemeinde weitz gezogen werden müsse wie der Regierungsvorschau vorliegt. Viele Gemeinden, welche ihrer ganzen Größe nach zu Groß-Berlin gehören, müssen mit eingeworben werden und wird der Ausdehnungskreis auf 20 Kilometer in Vorwärts gerichtet. Reptilien selbst will nicht in den Bez. 16 einverleibt werden, sondern eifert eine glatte Eingemeindung nach Berlin. Es soll in Vordringung gebracht werden, daß die Groß-Berliner verordnetenversammlung auf mehr als 100 Mitglieder vergrößert soll. Auf je 15 000 Einwohner soll ein Stadterbeordnet ernannt werden. Es sind im § 9 vorgesehene Best der Wahlkreise sollen herabgesetzt werden. Das proletarische Element muß im Berlin mehr zur Geltung kommen, wenn wirklich etwas Gutes heraus kommen soll. Gestrichen soll auch die Bestimmung werden, wonach der Minister des Innern ein Bestätigungsurteil erhalten soll. Die Regulatorperiode soll von fünf auf drei herabgesetzt werden. Von unserer Seite war noch beantragt, den Magistrat auszuscheiden, da wir grundsätzlich in Einkammerismus sind. Die Reichssozialisten machten aber mit, und so kam dieser Antrag zu Fall. An Stelle des Magistrats soll der Stadterbeordnet Vorstand treten und die Best. § 40 erhöht werden. Ferner wurde von unserer Seite beantragt, daß ein Stadterbeordnet resp. ein Vorstandsmittelglied, wenn von seinen Mandatgebern zurückberufen wird, sein Amt zu zulegen habe. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt gegen Stimmen unserer Vertreter. Nach dem Besatz ergriff der Vertreter des Reichsamt (Bürgerlicher Block) Herr K. K. das Wort als ehemaliger Schiffe der Gemeinde jammerte er, daß Sonderinteressen der Gemeinden beseitigt werden sollen und für die „Selbstverwaltung“ der Gemeinden ein. Er beschloß die Bureauftragung, die jede freie Betätigung der Bürger erhöhen würde usw. Als Redner der S. P. D. sprach Herr Strieder und von unserer Seite der Genosse Freigang. Herr K. K. hielt, wo er und seine Bestimmungsfreunde waren, als vor der Revolution die Arbeiterschaft die freie Betätigung und die Selbstverwaltung verlangten? Er redete mit den Vertretern des Haus- und Grundbesitzes und erntete bei der Versammlung starken Beifall. Auch Herr Strieder fand sich nicht auf Kompromisse einlassen möge, wie es leider in der letzten Zeit häufiger vorgekommen sei; er erinnere nur an den Schulkompromiß. Herr Pfarrer Schwaneke von dem Demokratischen Komitee im Rame seiner Partei auch dem Entwurf der Regierung sei, wenigstens auch sie nach Bedenken hier und da. Aber es müsse etwas Einheitsliches und Ganzes geschaffen werden. Eine inzwischen eingeleitete Entschleunigung, die sich einberufen hat, erklärte mit dem Entwurf und den Abänderungsanträgen der Gemeindevorstellung, fand gegen zwei Stimmen Annahme.

## Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Mittwoch, abends 7 Uhr, Extra-Zahlband 5. Gruppe Kolonnen, Romanische.

Mohlsdorf. Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung, Fiedler, Bohnhofstr. 60/61. Der Vorstand tritt um 7 Uhr zusammen.

## Bereinstatender.

Deutscher Tuchbindereverband. Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludowikstraße 15, außerordentliche Generalversammlung.

Berlin. Mittwoch für die Redaktion Alfred Bielapp, Rothemann-Verlagsanstalt „Freiheit“, S. O. M. b. H. Berlin. — Druck und Verlagsanstalt und Verlagsanstalt m. b. H. Schiffbauerdamm 14.

## Wichtige Mitteilung!

Am Freitag, den 18. Juli, nachm., wurden aus vierer Wohnung Bücher, Kleider, Wäsche, Koffer und Regal durch Fahrwerk von drei Männern abgeholt. Einer trug etwas Spitzbar. Da ich sehr empfindlich bestohlen wurde, sichere ich dem Kauscher hohe Belohnung zu, der mir sagt, wohin er die Sachen gefahren hat. (Bei Nichtmeldung lasse ich polizeilich nachsehen.) Roter, Prenzlauer Allee 9 III.

In den nachstehenden Expeditionen werden sofort

## Botenfrauen

- Berlin eingestellt: Gitschner, Gitschner Straße 99, Döring, Steinmeyer, 23, Hackebart, Michaelkirchpl. 2.
- Potsdam Doyaner, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
- Charlottenburg Lorenz, Wallstraße 68.
- Wilmersdorf Nebler, Hindenburgstraße 34.
- Tempelhof Barisch, Wendestraße 51.

## Arbeitersekretär, Gewerkschaftssekretär

welcher zugleich die Funktion eines zu übernehmen hat. Aus den Bewerbungen muß Alter, Familienstand, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Reflektiert wird nur auf eine durchaus tüchtigen Kraft. Angebote mit Gehaltsansuchen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 10. August 1919 an richten an H. Schlieffert, Remscheid, Heinrichstr. 1. Gewerkschaftskartell Remscheid.

100 Straßenhändler und Krustierer sucht Expedition Henckel, N. 21, Usedomstrasse Nr. 18, unter T. 1536 an Rad. Mosse, Rosenthaler Straße, Nr. 6.

Mehrere Botenfrauen sucht Expedition Henckel, N. 21, Usedomstrasse Nr. 18.

Glucken mit Platten und Eisenketteln und hohler, Perlehaare, John, Am Ostbahnhof.

Kupferleitungsarbeiten Kabel, Litzen, Kupfer, die höchsten Preise, Prenzlauer Str. 17, v. III, Telefon 4014/15/16/17.

Spinalbrüher, nach zu hohen Preisen, richtiger 17, v. III.

Litzen, Schlier, Gießblumen, Fassungen, Tischdrücke, Kupfer, Blei, Blei, laudend, Admiralstr. 37.

Zinkkerzen, nach Vergaser, Magdeburger, Rudow, Lehnstr. 25, v. III.

Optiker Dase Mollerstr. 174, Prenzlauer Allee 204.

Schweizer Stempel, Zigarren irgendwo billiger als bei Sande, Neue Köpenicker Str. 31.

Heil-Anstalt „Löser“ Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-2.

Blutuntersuche, Licht- u. Finnen-Behandlung